



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 12.02.2020:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Telegram-Kanal der Außenministeriums der DVR: Heute fand im Saal der **Gruppe zu humanitären Fragen** ein aktiver Meinungs austausch zum Fahrplan der Suche nach Vermissten statt. Die Seiten erörterten die Struktur, Fragen der Logistik und die Beteiligung dieser oder jener Spezialisten und Strukturen in diesem Mechanismus. Zweifellos ist dies eine positive Bewegung in der Arbeit. Außerdem liegen derzeit auf dem Verhandlungstisch eine Reihe von Materialien, die sowohl den Austausch als auch die Suche nach Vermissten betreffen, die bereits praktisch bearbeitet werden können.

Heute haben die Verhandlungsteilnehmer der **Gruppe zu Fragen der Sicherheit** der Kontaktgruppe weiter die Vorschläge der Seiten mit Koordinaten potentieller Abschnitte und einen Entwurf für einen Zusatz zur Rahmenvereinbarungen erörtert, der notwendig für die Realisierung einer weiteren Trennung von Kräften und Mitteln ist.

„Die Arbeit zur Vereinbarung neuer Abschnitte wie auch der Zusatz zur Rahmenvereinbarung verläuft recht angespannt. Im Vorfeld der Sitzung hat die ukrainische Seite provokative Änderungen zu zuvor benannten Koordinaten von Abschnitten eingebracht, was den Vereinbarungsprozess erheblich erschwerte.

Inzwischen wird ein Abschnitt im Gebiet des KPP „Oktjbarj – Gnutowo“ im Süden unserer Republik aktiv und detailliert erörtert, aber noch ist es zu früh, von einer Vereinbarung der Koordinaten durch die Seiten zu sprechen.

Wir, wie auch die Vertreter der OSZE-Mission und der RF, kennen die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Trennung an der gesamten Kontaktlinie gut und sind auf eine Intensivierung der Vereinbarung der folgenden drei Abschnitte ausgerichtet. Nur ein solches Herangehen wird es erlauben, das Leben und die Gesundheit friedlicher Bürger zu bewahren, deshalb legen wir unsererseits alle Anstrengungen in eine Beschleunigung des Vereinbarungsprozesses: wir haben vorgeschlagen, die Arbeit zwischen den Sitzung in Minsk fortzusetzen“, sagte die Außenministerin Natalja Nikonorowa.

Wir erinnern daran, dass es, um außer Acht gelassene wichtige Aspekte bei der nächsten Trennung zu regeln, äußerst wichtig ist, einen Zusatz zur Rahmenvereinbarung zu vereinbaren und zu paraphieren. Heute hat die ukrainische Seite wieder die Erörterung der Frage neuer Abschnitte verzögert, weswegen den Verhandlungsteilnehmern die Zeit nicht reichte, zur Arbeit an dem Zusatz überzugehen.

Heute fand die Sitzung der **Gruppe zu ökonomischen Fragen** recht aktiv statt: Den Verhandlungsteilnehmern gelang es, alle Fragen der Tagesordnung aufzuwerfen und in diesem oder jenen Grad zu erörtern. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Problemen der Schulden der Ukraine bei Sozialzahlungen gewidmet, aber leider hat sich die ukrainische Position nicht verändert: Einen Fortschritt in der notwendigen Bearbeitung des Rechtsfelds gibt es nicht.

Außerdem wurden Fragen erörtert, die das Audit des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ betreffen. An der Sitzung nahmen Vertreter des IKRK teil, die aktiv an der Suche nach Lösungen der aufgelaufenen Probleme beteiligt sind.

„Die Seiten haben die Bearbeitung möglicher Varianten erstrangiger Aspekte der Nutzung der technischen Ressourcen von Woda Donbassa erörtert, um strittige Momente auszuschließen und eine Stabilität der Funktion des Infrastrukturobjekts zu gewährleisten“, teilte Natalja Nikonorowa mit.

Bei der heutigen Sitzung der **politischen Gruppe** kämpften die Vertreter der Republik mit dem Unverständnis der ukrainische Seite sowohl hinsichtlich der Reihenfolge als auch des Inhalts sehr wichtiger Punkte des Maßnahmenkomplexes.

„Die Vertreter Kiews setzen die Versuche fort, die Verhandlungen über eine politische Regelung in ein für sie günstiges Feld zu führen. In erster Linie betrifft dies die Bedingungen für einen besonderen Status des Donbass. Die ukrainische Seite versucht zielgerichtet, die Frage des Inkrafttretens des Gesetzes über einen besonderen Status zu übergehen und besteht auf der Erörterung von Fragen, die entweder nicht in die Kompetenz der Kontaktgruppe fallen oder verfrüht sind. Wir mussten Kiew ein weiteres Mal aufrufen, den Text des Maßnahmenkomplexes noch einmal zu lesen, in dem deutlich festgelegt ist, was und in welcher Reihenfolge umgesetzt werden muss. Wenn man über die Formel Steinmeiers spricht, muss man daran erinnern, dass ihr Text, zu dem Kiew seine Zustimmung schriftlich gegeben hat, immer noch nicht in die ukrainische Gesetzgebung implementiert wurde. Nach zwei Monaten nach dem Treffen der Staatsoberhäupter des „Normannischen Quartetts“ kann man mit Überzeugung sagen, dass Kiew all seine Verpflichtungen im politischen Bereich ignoriert hat und bisher noch nicht einmal seine Positionen vorgelegt hat. Obwohl die Staatsoberhäupter im Abschlusskommuniqué des Pariser Treffens am 10. Dezember einen ganzen einzelnen Punkt über die Vereinbarung aller juristischen Aspekte des besonderen Status des Donbass und die Implementierung der Formel Steinmeiers in der ukrainischen Gesetzgebung vorgelegt haben. Auf diesem Hintergrund sehen die Erklärung der ukrainischen Führung, die davon überzeugt ist, dass die internationalen Vermittler auf Zugeständnisse in politischen Fragen eingehen werden, besonders zynisch aus“, berichtete Natalja Nikonorowa. Dabei unterstrich sie, dass die Vertreter der Ukraine bei der heutigen Sitzung versprochen haben, ihre Positionen zu juristischen Aspekte des besonderen Status des Donbass vorzulegen. Aber bisher wurden diese Erklärungen durch keinerlei konkrete Handlungen unterlegt und besondere Hoffnung, dass diese Versprechen zum nächsten Treffen in Minsk erfüllt werden, hegen die Vertreter der Republiken nicht.

Natalja Nikonorowa unterstrich ein weiteres Mal, dass die Ukraine fünf Jahre nach der Unterzeichnung des Maßnahmenkomplexes sich nun mit seinen Regelungen abfinden muss, damit aufhören muss, sich Alternativen zur den Minsker Vereinbarungen auszudenken und beginnen muss, konsequent alle Punkte des Dokuments umzusetzen, dass von den Garantenstaaten gebilligt und vom UN-Sicherheitsrat bestätigt wurde.

Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe wird am 26. Februar stattfinden.

Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa

Was die Frage des Austauschs festgehaltener Personen betrifft, wurden einzelne Momente besprochen, es wurden Akzente gesetzt, aber von irgendeinem nächsten Austausch zu sprechen, diese Frage stand nicht einmal.

Schlüsselfrage war die prozessuale Freistellung der Personen, die Ende 2019 freigelassen wurden. Hier wurden von der ukrainischen Seite bestimmte Schritte durchgeführt, diese werden von uns unterstützt, es wurden notwendige Berührungspunkte gefunden. Das heißt es kann etwas Konstruktives in der Arbeit beobachtet werden.

Die Mitglieder der Untergruppe erörtern auch die Frage der Notwendigkeit eines Austauschs von Informationen, die den Aufenthalt von Personen, die dem Austausch unterliegen, in der Ukraine un

in den Republiken betreffen.

Zu den Passierpunkten waren von der ukrainischen Seite überhaupt nur lautstarke Erklärungen zu hören – Passierpunkte in den Gebieten von Solotoje und Stschastje gleichzeitig zu eröffnen, rief bei uns völliges Unverständnis hervor.

Jetzt Passierpunkte zu eröffnen, wenn Kiew die Sicherheitsgarantien vollständig ignoriert und die ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje mit Artillerie schießen, ist völlig absurd.

Die LVR tritt seit einigen Jahren für eine synchrone Eröffnung von neuen Passierpunkten bei Solotoje und Stschastje ein, „aber erst dann, wenn die Ukraine die Beschüsse ein stellt und nicht in Worten sondern in Taten Sicherheitsgarantien gewährleistet.

In Bezug auf neue Passierpunkte wurden nur Meinungen und Vorschläge ausgetauscht.

Bei der Frage der Suche nach Vermissten gab es Vorschläge von Seiten der DVR, sie haben einen Zeitplan vorgestellt, von Seiten der Ukraine wurde ein eigener Zeitplan vorgelegt. Von Seiten der LVR wurden Vorschläge mündlich unter Berücksichtigung der vorgelegten Varianten vorgelegt. ...